



Verband Familienarbeit e.V.

Verband zur Förderung der eigenständigen finanziellen
und sozialen Absicherung häuslicher Eltern- und Pflegearbeit

Verband Familienarbeit
Gertrud Martin – Seb.-Kneipp-Str. 110 – 78048 VS-Villingen

Herrn Marcus Weinberg MdB
Berlin/Hamburg
marcus.weinberg@bundestag.de

Vorsitzende
Gertrud Martin
Seb.-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen
☎ 07721 / 56124
E-Mail:
bundesvorstand@familienarbeit.org

14.04-2017

Sehr geehrter Herr Weinberg.

eines unserer Mitglieder hat mir nach dem Besuch Ihres Vortrags Ihre Broschüre: „Neue Familienleitbilder: Gedanken über ein neues Viereck der Familienpolitik (aus) Wertschätzung – Geld – Zeit – Infrastruktur“ zukommen lassen.

Ich will nicht verhehlen: Bei der Lektüre verspürte ich zunehmend Ungeduld, Enttäuschung, Ärger. Trotz dieses Geständnisses wende ich mich an Sie in der Hoffnung, dass Sie meine Kritik anhören und möglicherweise in die betreffenden CDU-Arbeitsgruppen weitertragen.

Zuerst muss ich zwei grundsätzliche Anmerkungen loswerden:

1) In Ihrem Kurzlebenslauf ist nicht von eigenen Kindern die Rede. Falls es keine gibt, ist Ihnen kein Vorwurf zu machen, aber es wäre wünschenswert, dass unsere Volksvertreter in allen oder zumindest in familienpolitischen Zusammenhängen ihren Familienstand automatisch benennen. Es ist ganz natürlich, dass man als Kinderloser anders auf Familie schaut als Eltern. Zumindest solange Kinder kein Wahlrecht haben, wäre es bei Wahlen für Eltern wichtig zu wissen, wen sie da wählen.

2) In vielen Texten zum Thema Familie wird der Begriff „Arbeit“ irreführend einseitig, jedenfalls keineswegs die Familienarbeit wertschätzend verwendet. In Ihrer Broschüre kommt das nur einmal auf Seite 8 vor (IGES-Studie 2013): Die häusliche Kindererziehung ist „Arbeit“! Mütter, die 19 Monate nach der Entbindung in den Beruf zurückkehren, aber eigentlich „gerne früher wieder arbeiten würden“ gibt es nicht! Mütter (ggf. Väter) „arbeiten“ ganztätig, bei nächtlicher Rufbereitschaft und ohne Urlaubsanspruch. Der Beginn der vermehrten Wertschätzung, die Sie als viertes Standbein der Familienförderung einführen wollen, wäre die Anerkennung und Umsetzung dieser Erkenntnis. Eine verbindliche Sprachregelung „erwerbstätig sein“ wäre ebenso wichtig wie z.B. das Sternchen der Grünen für die Benennung der Frauen in der Anrede, Berufsbezeichnung etc.

Damit bin ich auch schon bei Ihrem Thema Familienleitbild. Ich beziehe mich ausdrücklich nicht auf Ihre Aussagen zu neuen Familienformen wie Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche

Bundesvorsitzende	Gertrud Martin, Tel.: 07721/56124, E-Mail: bundesvorstand@familienarbeit.org
stellv. Vorsitzende	Dr. Johannes Resch, Tel.: 06346/9890628, E-Mail: Johannes.Resch@t-online.de , Web-Seite: www.johannes-resch.de Birgit Kelle, E-Mail: bkelle@dhg-vffm.de
Geschäftsstelle	Gudrun Nack, Tel.: 0761/4002056, E-Mail: geschaeftsstelle@dhg-vffm.de , Vaubanallee 4, 79100 Freiburg
Internet	http://familienarbeit-heute.de
Bankverbindung	Verband Familienarbeit e.V., Volksbank Schwarzwald Baar Hegau IBAN: DE47 6949 0000 0025 4109 04 BIC: GENODE61VS1

oder Patchworkfamilie, sondern nur auf die sog. „klassische Familie“. Sie verzichten in Ihren Betrachtungen völlig darauf, nach den Ursachen zu fragen, die der Entwicklung von dem Leitbild „Alleinverdienervater / die Kinder betreuende Mutter“ zum Modell „vollzeitnah erwerbstätige Eltern / ganztags fremdbetreute Kinder“ zu Grunde liegt. Es ist die seit Generationen andauernde Geringschätzung der von den Frauen geleisteten Care-Arbeit in (und auch außerhalb) der Familie!

Ein Feminismus, der den Frauen „Emanzipiertheit“ nur dann zugesteht, wenn sie am traditionell vorwiegend den Männern vorbehaltenen Erwerbsarbeitsmarkt in Konkurrenz treten, verfehlt aus meiner Sicht seinen Anspruch total. Er erhob das patriarchale Prinzip zu seinem eigenen und konnte damit einen beispiellosen Siegeszug antreten. Mütter sind dabei die Unpersonen schlechthin. Allerdings wuchs dieser Feminismus nicht aus dem Nichts heraus. Die arbeitsteilige Gesellschaft hat seit der industriellen Revolution die Arbeit der häuslichen Kindererziehung nicht wirklich anerkannt als unentbehrliche Grundlage von Zukunft und Prosperität.

Konrad Adenauer setzte dem die Krone auf mit seiner Rentenreform von 1957, als er den Anspruch der Alterssicherung ausschließlich an Erwersarbeit gekoppelt hat, obwohl nach dem Umlagesystem die Renten der eigenen Generation allein durch die Erziehung von Kindern erarbeitet werden. Seitdem „erwerben“ die Erwerbstätigen, die keine Lücken wegen Kindererziehung in ihrer Biografie haben, (neben höheren Einkommen) die höchsten Rentenansprüche, während die Mütter, die die nächste Zahlergeneration aufziehen, der Altersarmut ausgesetzt sind – je mehr, desto mehr Kinder sie haben! Betreuungsgeld und Mütterrente sind Kampfbegriffe geworden. Das Elterngeld, das Sie in der Broschüre rühmen, anerkennt nicht die elterliche Erziehungsleistung als solche, sondern ist als Lohnersatz quasi ein „Schadensersatz wegen Geburt eines Kindes“. Es ist die einzige Sozialleistung, die Bestverdiener bestversorgt. Eltern, die nicht aus der Erwerbsarbeit kommen (Studierende, Auszubildende, Mütter, die bereits ältere Kinder zuhause betreuen, weil sie das für richtig halten), werden mit dem Mindestbetrag abgespeist, der geringer ist als das früher über zwei Jahre gezahlte Erziehungsgeld.

Der aktuell millionenschwer geförderte Krippenausbau bei gleichzeitiger Nullförderung der elterlichen Kinderbetreuung spricht den wohltonenden Floskeln von Wertschätzung der Familie in Ihrer Broschüre Hohn. „Frühkindliche Bildung“ ist eine Monstranz ohne Inhalt, die die Familienpolitik bedeutungsschwer vor sich herträgt! Ohne die Präsenz der Eltern geht da aber nichts! Bindung kommt vor Bildung.

Weitere Hohlbegriffe sind z.B. die „partnerschaftliche Rollenaufteilung“ zwischen Eltern. Ohne Skrupel und unwidersprochen von der CDU beansprucht eine Frau Schwesig die Deutungshoheit für sich: es geht dabei um eine 50 : 50-Aufteilung. Völlig unwichtig ist, was das Elternpaar in partnerschaftlicher Entscheidung für sich als passend und gewünscht beschließen möchte. Und ganz im Nebel bleibt die Tatsache, dass es kein Gewinn der Gleichberechtigung der Geschlechter sondern ein schlechter Witz ist, wenn statt der Mütter jetzt die Väter die Nachteile und Risiken, die mit der häuslichen Kinderbetreuung verbunden sind, übernehmen sollen.

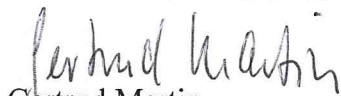
Die Dame, die mir Ihre Broschüre schickte, schlägt in ihrem Begleitbrief vor, allen Müttern/Vätern in den ersten sechs Jahren nach einer Geburt ein monatliches Gehalt von z.B. 1.000 € zu zahlen. Wie recht sie hat! Damit wären viele Probleme schlagartig behoben:

- die Ungerechtigkeit des dann abzuschaffenden Elterngeldgesetzes
- die Diskriminierung der selbst betreuenden Eltern durch die einseitige, massive Subventionierung der Krippenbetreuung. Wenn die Eltern es wünschen, können sie das Geld zur Bezahlung einer Betreuung durch Dritte (Krippe, Tagesmutter etc.) einsetzen, um selbst erwerbstätig zu sein.
- der krank machende Doppelbelastungsstress mit damit verbundenem Erziehungsversagen der Eltern
- das demografische Defizit
- die Schieflage der Geschlechtergerechtigkeit. Ohne Gleichstellung der Familienarbeit mit der herkömmlichen Erwerbsarbeit mittels eines Erziehungsgebhalts kann es keine Gleichberechtigung der Geschlechter geben.

Mein Fazit: Um familienpolitisch wieder Gewicht zu erlangen, sollte die CDU wirklich anfangen, neu und eigenständig zu denken und sich auszuklinken aus dem Schlepptau linker „Fortschrittlichkeit“. Vollmundige Absichtserklärungen und substanzlose Beschwörungen sind zu wenig! In Ihrem Schaubild auf Seite 18 benennen Sie bei der Ecke „Wertschätzung“ unter den Zielen „Anerkennung und Planungssicherheit“ einmal die „Förderung einer familiengerechten Arbeitswelt“ und zum zweiten die „Familiengerechte Weiterentwicklung von Städten und Gemeinden“. Beides sind Bereiche, deren Entwicklung die (Bundes-)Politik nur sehr bedingt beeinflussen kann. Es ist zu wenig, was die CDU da bietet, viel zu wenig!

Die Mindestforderung anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl lautet:
Weiterentwicklung des sozial- und familienpolitisch blinden Elterngelds zu einem für alle Eltern gleich hohen Erziehungsentgelt über die ersten drei Lebensjahre ihres Kindes. Die Eltern können dann frei wählen, ob sie dieses Geld behalten als „Lohn“ für selbst geleistete Kinderbetreuung oder ob sie es für die Betreuung ihres Kindes durch Dritte (Kita, Tagesmutter etc.) einsetzen, um selbst erwerbstätig zu sein. Ein solcher CDU/CSU-Programmpunkt könnte als adäquates Gegenstück zu Martin Schulz' Vorschlag einer Reform von Hartz IV gelten oder auch zum SPD-Programm eines Familiengeldes, das die doppelte Erwerbstätigkeit beider Eltern zum Maß der Dinge macht.

Mit freundlichen Grüßen



Gertrud Martin

Vorsitzende Verband Familienarbeit e.V.

Kopien dieses Schreibens gehen an verschiedene Abgeordnete der CDU/CSU und einige ihrer Funktionsträger.